



Dringlicher Antrag

in der Gemeinderatssitzung vom 29. April 2021
eingebracht von **Sabine Reininghaus**

Betreff: **Intensivierung der Maßnahmen gegen Antisemitismus**

Mit der „Shoah“, dem nationalsozialistischen Völkermord am jüdischen Volk, manifestierte sich das grausamste Gesicht einer menschenverachtenden und unentschuldbaren Diktatur. Aus diesem dunkelsten Kapitel der österreichischen Geschichte, erwächst die Verantwortung, sich für die Sicherheit jüdischen Lebens und für den Kampf gegen Antisemitismus einzusetzen. Diese Woche erschien der „Antisemitismusbericht 2020“, in dem 585 antisemitische Übergriffe gemeldet wurden. Wie bekannt, kam es auch in Graz zu antisemitischen Angriffen: so wurde im Februar ein Mitarbeiter der Jüdischen Kultusgemeinde mit der Bezeichnung „Scheiß Jude“ beleidigt, im März ein Schüler aufgrund eines Davidstern-Ringes tätlich angegriffen und im August erschütterte der Angriff gegen den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde in Graz ganz Österreich.

Vor kurzem hatte ein Angreifer mehrere Fenster der Grazer Synagoge mit Steinen eingeschlagen, sowie pro-palästinensische Parolen auf Mauern des Gebetshauses und des nahe gelegenen jüdischen Gemeindezentrums gesprüht.

Nachdem sich der „Antisemitismusbericht 2020“ nur auf gemeldete und von ExpertInnen verifizierte Übergriffe bezieht, müssen wir leider auch von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Die hohe Zahl an Übergriffen auf das Judentum ist erschreckend, insbesondere auch deshalb, weil in unserer Gesellschaft jeder das verbriefte Recht hat, seinen Glauben öffentlich zu zeigen und auch öffentlich auszuüben.

Daraus leitet sich ein Auftrag an Politik und Gesellschaft ab, dem Problem grundlegend zu begegnen. Aufklärung, Prävention und politische Bildung müssen alle Teile unserer Gesellschaft erreichen, ob neu zugewandert, oder bereits hier ansässig.

Zum einen müssen Unkenntnis und Vorurteile abgebaut werden, zum anderen soll eine Gesellschaft fähig sein, antisemitisches, menschenverachtendes und antidemokratisches Gedankengut zu erkennen und abzuwehren. Die im September vergangenen Jahres erteilte Projektförderung zur Prävention gegen Antisemitismus, war bereits ein wichtiger Schritt, jedoch noch nicht der letzte. Wir als Gemeinderat müssen geschlossen und konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen diese Entwicklung vorgehen und unsere Bemühungen intensivieren.

Die Stadt Wien hat bereits seit 2017 eine ständige Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Antisemitismus im Wiener Gemeinderat installiert, an der sich alle Rathausfraktionen beteiligen. In dieser Arbeitsgruppe werden gemeinsam Handlungsanweisungen gegen den grassierenden Antisemitismus gesucht und die Stadtpolitik für das Problem sensibilisiert.

Eine Arbeitsgruppe nach diesem Vorbild in Graz wäre ein starkes und klares Signal, dass Antisemitismus auch in unserer Stadt nichts verloren hat.

Im Sinne einer toleranten und weltoffenen Stadt Graz stelle ich daher den

dringlichen Antrag

- 1) Die Stadt Graz verurteilt auf das Schärfste jegliche Form von Antisemitismus und erneuert ihr Bekenntnis, dass in unserer Stadt kein Platz für antisemitisches, rassistisches oder extremistisches Gedankengut herrscht.**
- 2) Aufgrund der österreichweit stark steigenden antisemitischen Vorfälle möge die Stadt Graz prüfen, eine ständige Arbeitsgruppe zum Thema Antisemitismus-Bekämpfung nach Wiener Vorbild einzurichten. Diese hat dem Gemeinderat zumindest 1x jährlich Bericht zu erstatten.**
- 3) Die Stadt Graz wird beauftragt Maßnahmen zu prüfen und zu ergreifen, die geeignet sind, Vorurteile abzubauen sowie die Gesellschaft zu befähigen, antisemitisches, menschenverachtendes und antidemokratisches Gedankengut zu erkennen und abzuwehren.**